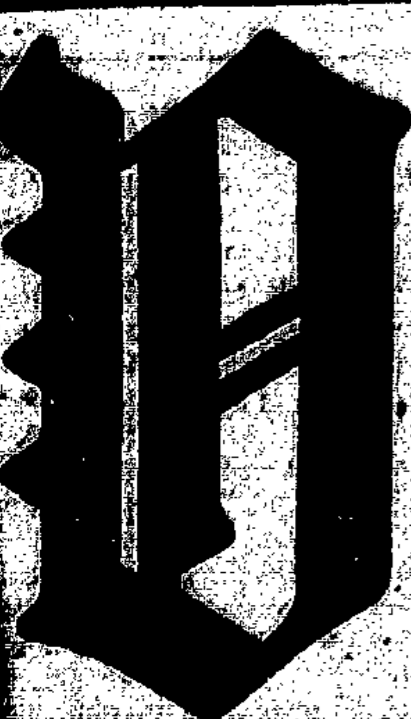


1. 12. 1921



Preussische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 11

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Lüben-Groß-Str. 1, Fernr. Nr. 2244.

Hamburg, den 12. März 1921

Anzeigen kosten die sechsstelligen Non-
pareillette oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Verbandsvorstandes und der Zustimmung des Beirates berufen wir hiermit nach § 10 des Verbandsstatuts unsere

17. Generalversammlung

Montag, 13., bis Sonnabend, 18. Juni, in Frankfurt a. M. ein. — Die vorläufige aufgestellte Tagesordnung lautet:

1. Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, Wahl der Verhandlungsleitung, Prüfung der Mandate.
2. Berichte des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, der Schriftleitung des „Preussische Anzeiger“ und der Pressekommision.
3. Die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft.
4. Zweck und Ziel der Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrie.
5. Die Entwicklung und die Tätigkeit unserer Lehrlingsabteilungen.
6. Die Mißstände im Malergewerbe unter dem Gesichtspunkte des Arztes und des Gesetzgebers.
7. Die geplante Gründung eines allgemeinen Baugewerksbundes.
8. Beratung der bei den vorstehenden Verhandlungsgegenständen nicht erledigten Anträge.
9. Wahl der Verhandlungsleitung, des Redakteurs des „Preussische Anzeiger“, der Bezirksleiter und des Obmannes des Ausschusses.
10. Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress.

Die Wahlkreiseinteilung und die Vorarbeiten zur Wahl der Delegierten werden in einer der folgenden Nummern des „Preussische Anzeiger“ abgedruckt.

Anträge müssen, wenn sie im Verbandsorgan veröffentlicht und in der gedruckten Vorlage der Generalversammlung unterbreitet werden sollen, bis zum 4. Mai dem Hauptvorstande zugestellt sein. Anträge, Beschwerden und Resolutionen können in die Vorlage nur ausgenommen werden, wenn sie von einer Mitglieder- beziehungsweise Delegiertenversammlung anerkannt sind.

Die Anträge sind auf besonderen Bögen und nicht zusammen mit andern Mitteilungen einzusenden.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Otto Streine.

Sitzung des Verbandsbeirates.

Am 26. und 28. Februar tagte unser Beirat vollständig in Hamburg, um zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung zu nehmen und Beschlüsse zu fassen. Zur dringendsten, der Reform unseres Beitrags- und Unterhaltungswezens, ist bereits in der vorigen Nummer berichtet worden. Einstimmig hat der Beirat sich der Vorlage des Vorstandes angeschlossen, und auch unsere Mitglieder in den Filialen werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß unter den gegebenen Verhältnissen an Beschlüssen zuzustimmen ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Streine des Ablebens des Genossen Legien und seiner Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung. Die Anwesenheit des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Kollege Zimmermann, Frankfurt a. M., der seit Beginn des Beirates allen Tagungen beiwohnte und nun seit einigen Monaten einen Landratsposten bekleidet, richtete an die Mitglieder die besten Grüße, ihren Beratungen guten Erfolg wünschend. Darauf referierte der Vorsitzende über den Stand unserer Organisation und die Tätigkeit des Beirates. Der Stand des Arbeits-

marktes kennzeichnete am deutlichsten die noch damit verknüpfte Lage unseres Berufs. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen war im Laufe des Jahres 1920 eine recht hohe. Ein erfreuliches Bild zeigte uns die Entwicklung der Mitgliederbewegung. Ueber 14 800 Kollegen seien in der Industrie tätig. Die Zahl der weiblichen Mitglieder sei etwas zurückgegangen, doch habe die Aufwärtsbewegung unserer Lehrlinge angehalten, wogegen der monatlich erscheinende „Malerlehrling“ viel mit beitrage. Wenn auch die Frage der Betriebsräte infolge der vorherrschenden Kleinbetriebe nicht so einschneidend in die Erscheinung tritt wie bei der Großindustrie, so müßten dennoch unsere Filialen auf dem Posten sein und überall die geeigneten Kollegen auf den richtigen Platz gewählt werden. Eine umfassende Tätigkeit entwickelte der Vorstand auf dem Gebiete der Einschränkung und Beseitigung der Gesundheitsgefahren. Im Interesse des Gewerbes sei er auch an der Außenhandelsstelle für Oel und Harz und für Seim tätig. Im weiteren kam er auf die Mitarbeit im Verband sozialer Baubetriebe zu sprechen und auf den Entwurf zur Verschmelzung der Bauarbeiterverbände. Auf einer demnächst stattfindenden Konferenz solle hierüber eingehend verhandelt werden. Die Selbständigkeit in wichtigen Berufs- und in bestimmten Organisationsfragen müsse unabweisbar festgelegt werden. Die jetzige Zeit erfordere die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften mehr als je, wie dies auch der Nürnberger Gewerkschaftskongress beschlossen habe, wenn nicht die Einigkeit und Stärke unserer gewerkschaftlichen Organisationen den größten Schaden erleiden soll. Durch die bekannten Treiberellen kommunistischer Kreise gegen die Gewerkschaften und den internationalen Gewerkschaftsbund und durch die Vorgänge in Halle mußte der Vorstand Stellung nehmen und Maßnahmen ins Auge fassen, zu denen auch der Beirat sich äußern müsse. Zum Schluß gab er noch Aufklärung über die gegründete Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

Ueber den Massen- und Mitgliederstand lagen dem Beirat besonders tabellarische Uebersichten vor. Kollege Seitz gab hierzu eingehende Erläuterungen, die Zahlen mit den vorhergegangenen Jahresabschlüssen in Vergleich stellend. Die Ausgaben hätten in allen Positionen einen enormen Umfang angenommen, wiewohl überall versucht wurde, Einschränkungen zu machen. Die Entwertung unseres Geldes mache sich eben scharf bemerkbar. Er resümiert sich dahin, daß eine entsprechende Ausgestaltung und Verbesserung unserer Unterstützungseinrichtungen sich nicht länger hinausschieben lasse. Damit müsse selbstverständlich eine Beitragserhöhung für die Hauptklasse verbunden sein.

In der Diskussion wurde vom Kollegen Marks hervorgehoben, daß er als Kommunist auf dem Boden des Industrieverbandes stehe. Die Kommunisten wollten in den Gewerkschaften mitarbeiten, weil dort die Massen seien; sie wollten nur die Einheitsfront des Proletariats. Er verteidigt die Sonderkonferenzen, Fraktionsbildung als taktische Maßnahmen der Kommunisten; dagegen einschreiten wäre ein Zeichen der Rückständigkeit. Er verurteilt das rücksichtslose Vorgehen des Bauarbeiterverbandes, dadurch würde nicht der Zusammenschluß gefördert, sondern die Gewerkschaften gesprengt. Alle übrigen Redner erklärten sich dagegen mit dem Vorstandsbericht einverstanden und erkannten an, welche gute und schnelle Arbeit mit der Vorlegung der gedruckten Tabellen geleistet worden sei. Auch die Ausgabe von Malvorlagen an die Lehrlinge fand ihre Billigung. Weiter kam zum Ausdruck, daß, wenn wir auch alle Anhänger einer strengen Zentralisation seien, eine überhäufte Förderung der Verschmelzung, bevor nicht über die wichtigsten Fragen Klärung geschaffen sei, nicht befürwortet werden könne. Die bisherigen Erfahrungen in andern Verbänden seien nicht ermutigend. Die Ansicht des ersten Redners, daß wir beim Zusammenschluß höhere Löhne erhalten würden, sei hinfällig; er lasse dabei den ausschlaggebenden Faktor, die wirtschaftliche Notwendigkeit des Be-

trages, ganz außer Betracht. Einer scharfen Kritik wurde das Vorgehen kommunistischer Kreise unterzogen, ganz entgegengekehrt den Ausführungen von Marks. Wo sich Reizgellen zeigen, wirkten sie schädigend und zerstörend, und die Kollegialität verschwinde. Viele Mitglieder an den betreffenden Orten kämen selber, angezogen durch solche Treiben, nicht mehr in die Versammlungen. So dürfe es nicht mehr weiter gehen. Nicht wegen ihrer politischen Anschauung müsse man sich gegen solche Mitglieder wenden, sondern wegen ihrer zerstörenden Tätigkeit innerhalb der Organisation. Wer über die sogenannte Einheitsfront und wie diese geschaffen werden soll, orientiert sein will, möge nur einen Blick in die kommunistische Presse tun, und er werde luriert sein. Kollege Streine gab nach Beendigung der Aussprache noch einiges statistisches Material über unsere Lehrlinge bekannt. Mit den kommunistischen Treiberellen werde der Beirat sich noch näher zu befassen haben, deshalb gehe er nicht weiter auf diese Angelegenheit ein. Mit der Lösung der Verschmelzungsfrage soll allgemeine Zufriedenheit geschaffen werden, deshalb sei Ueberzeugung nicht von Vorteil. Vom Ausschuß des A. D. G. B. sei eine Kommission eingesetzt, die sich zuerst mit der Frage der Industrieverbände beschäftige. Der nächste Gewerkschaftskongress werde sich dann über die Frage der Berufs- oder Industrieorganisation zu entscheiden haben.

Da die Filiale Spandau jetzt zum Lohngebiet beziehungsweise zur Stadtgemeinde Groß-Berlin gehört, schließt sich der Beirat der auch im Statut festgelegten Auffassung an, daß hier nur noch eine Filiale in Betracht kommen kann.

Ueber die Maßnahmen gegen die Gesundheitschäden im Maler- und Lackierergewerbe gab Kollege Streine, nachdem er bereits beim ersten Punkt der Tagesordnung die Frage gestreift hatte, einen kurzen Ueberblick. Er wies auf die im „Preussische Anzeiger“ Nr. 4 veröffentlichte Eingabe an die Regierung hin, in der die Forderungen unserer Organisation zusammengefaßt seien. Die nächste internationale Arbeiterschutzkonferenz in Genf werde besonders über die Frage eines Verbotes der Bleifarbenanwendung verhandeln und Beschlüsse fassen. Er kam auf die Stellungnahme der Arbeitgeber und der Bleifarbenfabriken zu dieser Frage zu sprechen, die sich hauptsächlich gegen ein Verbot bei Außenanstrichen wenden. Bei unserm Vorgehen gelte es gegen manche Widerstände anzukämpfen, um so notwendiger sei die Mitarbeit der Kollegen, die durch ihre praktischen Erfahrungen die besten Gutachter wären. In der folgenden Diskussion unterstrichen die Redner die Ausführungen und hoben hervor, daß die rege Tätigkeit des Vorstandes auf diesem Gebiete von den Kollegen unterstützt werden müsse schon in deren eigenem Interesse. Auf die Aufforderung des Instituts für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., bleiverdächtige Kollegen sollten sich zur Untersuchung melden, müßte in den hierfür ausgewählten Filialen öfters hingewiesen werden. Etwas zu beachten seien auch von unsern Werkkollegen die von der Regierung erlassenen Vorschriften bei Verwendung hochhaltiger Verdünnungsmittel.

Zum Punkt Lohnbewegung im Jahre 1920 konnte dem Beirat, nachdem an dieser Stelle bisher in der ausführlichsten Weise über alle Stadien der Bewegungen berichtet worden ist, nochmals in großen Umrissen eine allgemeine Information gegeben werden. Kein Jahr war so reich an Lohnbewegungen wie das verfloßene. Dazu kamen die besonderen Schwierigkeiten, mußten doch die Verhandlungen teils in Berlin, teils in Essen, Dresden, Bielefeld und München geführt werden. An den Bewegungen waren beteiligt nach dem Reichstarif 241 Lohngebiete mit 2000 Beschäftigten, 88 Lohngebiete in Rheinland-Westfalen mit 6200 Beschäftigten, 30 Orte des schlesischen Industriegebietes mit 1400 Beschäftigten und 49 Orte mit etwa 400 Beschäftigten im Freistaat Sachsen. Dazu kommen noch die Osttarife. Die Lohnerhöhungen betragen 20 bis 40 %. Die im Januar 1921 eingetretene Lohnsenkung ist durch nicht

einbezogen. Nach eingehender Darlegung der Verhältnisse in den einzelnen Bezirken und über unsere weiteren Maßnahmen wurde auch auf die zahlreichen Kämpfe in der Industrie hingewiesen, an denen unsere Radiererkollegen beteiligt sind. Manche Streiks der letzten Zeit, die oft wild verliefen, konnten von vornherein als verloren betrachtet werden. Eine Reihe anderer Fragen, die mit diesem Punkt in Verbindung stehen, wurden ebenfalls zum Schluß vom Vorsitzenden behandelt, so die Frage der Verantwortlichkeitserklärung, die Ferienfrage und die Frage der höheren Entlohnung von Bekehrten mit Kindern im Gegensatz zu den Lebigen usw.

Ueber den Punkt: „Die Aufgaben unserer Verbände“ referierte Kollege Streine. Er verwies amleitend auf die Verhandlungen und den Beschluß der Würzburger Generalversammlung. In der Gewerkschaftsbewegung müsse man sich stets auf den Boden der Wirklichkeit stellen, wenn es auch manchmal erscheinen mag, daß die Gewerkschaften nicht den nötigen Schwung besäßen, um dem Geist der heutigen Zeit Rechnung zu tragen, besonders für die, die sich leicht über alles hinwegsetzen. Noch hätten wir mit sehr starken Widerständen der verschiedensten Art zu kämpfen. Der Gedanke, als ob die Gewerkschaften nur zu wollen bräuchten, um alles durchzuführen zu können, sei grundverkehrt. Damit würde viel Unfug getrieben. Die so unausbleibliche spätere Ernüchterung treibe die Neugierigen dann leicht wieder in das alte Fahrwasser zurück. Ebenso verkehrt sei es aber auch, Katastrophopolitik zu treiben und durch sie neu aufzubauen zu wollen. Das können wir nicht mitmachen. Wir haben durch die Gewerkschaften den Wiederaufbau zu fördern und alle gegebenen Mittel anzuwenden, die auf diesen Weg hinweisen, aber stets planmäßig und so zu verfahren, daß nicht nutzlos Opfer gebracht würden, und wie dem Gegner in die Hände arbeiten. Der Einfluß der Gewerkschaften auf die Politik sei heute ein ganz anderer als früher. Sie bilden einen Faktor, mit dem gerechnet werden müsse. Nur komme leider heute in Betracht, daß, während früher nur eine geschlossene Arbeiterpartei bestand, heute aber mindestens 3 bestehen. Deshalb können die Gewerkschaften nicht anders, als sich parteipolitisch auf neutralen Standpunkt zu stellen.

Vor allem haben die Gewerkschaften die Aufgabe, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern und hochzuhalten. Das werde auch für späterhin die wichtigste Aufgabe sein. Auch beim Abbau müßten die Gewerkschaften auf dem Posten sein, ebenso wie sie bei allen sozialen und sozialpolitischen Fragen die heute mehr noch als früher gefährdeten Interessen ihrer Mitglieder zu wahren haben. Das Betriebsrätegesetz müsse noch besser ausgebaut werden, weiter gäbe es die Förderung der sozialen Verbände. Unsere Unterstützungsorganisationen seien noch nicht zu entbehren, vielmehr zeige sich, daß gerade diese unsere Organisation erst zur Kampforganisation gemacht habe. Die in der letzten Zeit gegen uns gerichtete Agitation habe ihre bestmöglichen Gründe aus den Auswirkungen des Krieges heraus. Redner plagierte in klaren Strichen die politischen Vorgänge und die Stellung der verschiedenen Parteien, das schädigende Moment der Spaltung der Arbeiterschaft und die vorhergesagten Folgen bis zur jetzigen unklugen und gefährlichen Taktik der Kommunisten zum Schaden der Arbeiter selbst. Eingehend kam er auf einige markante Fälle der Zersplitterungsarbeit, der Zellenlegung, zu sprechen. Treffend wies er nach, wie das Hineintragen parteipolitischer Agitation in die Gewerkschaftsversammlung ein Verbrechen an der Arbeiterfrage sei. Er kennzeichnete nochmals die Vorgänge in Halle, die zur Gründung einer Sonderorganisation in der Bauarbeiterbewegung geführt haben, und schloß seine Ausführungen unter der Betonung, daß jeder, der für diese wirke, unsere Organisation belämpfe und als unser Gegner betrachtet werden müsse, mit der Verlesung einer unten abgedruckten Resolution.

Dieser äußerst sachlichen und geschäftigen Ausführungen folgte eine stundenlange lebhaft diskutierte. Nur 2 Redner, die Kollegen Brauer und Marks, glaubten, in der Verteidigung der kommunistischen Ideen, wie sie sie auflassen, den wahren revolutionären Klassenkampfstandpunkt zu führen, wenn es auch zu einem zehnjährigen Bürgerkrieg käme. Sie glaubten, bei den Gewerkschaften, wo die Massen seien, den besten Resonanzboden zu finden. Scherf kennzeichnete dagegen andere Kollegen, die aus eigener Erfahrung das arbeiterschädigende Wirken gewisser Kollegen kennen gelernt haben, die Situation und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiterschaft in ihrer über-großen Mehrheit auf die Dauer sich dieses Treiben, das naturgemäß zur Spaltung führen müsse, nicht gefallen lassen werde. Einstimmig mußte man der vom Vorstand vorgelegten Entschlieung zustimmen, um unsere Geschlossenheit im Verband hochzuhalten. Die Resolution richtete sich nur gegen Schädlinge innerhalb der Organisation, nicht gegen eine Weltanschauung. Wer an den Fundamenten des Verbandes rüttelt, sei unser Feind. Hierauf wurde mit 19 gegen 3 Stimmen (ohne die 5 Stimmen des Vorstandes) die Vorstandsentschließung angenommen. Diese lautet:

Entschlieung.

„Der Kampf gegen die Folgen des Krieges und für die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische erfordert die höchste Aktionsfähigkeit der Arbeiter aller Länder. Diese sind zusammenschließen ohne Unterschied der politischen Anschauung und des religiösen Bekenntnisses in umfassenden, demokratisch ausgebauten Berufs- und Industrieverbänden, in denen persönliche und politische Sonderinteressen dem Wohle des Ganzen untergeordnet sind.“

Angesichts der wachsenden Macht des Unternehmertums und der politischen Reaktion können die Gewerkschaften jetzt mehr noch als bisher ihre Aufgaben nur erfüllen durch planmäßig vorbereitete Aktionen. Diesen Voraussetzungen entsprechen die in letzter Zeit in die Arbeiterschaft hineingeworfenen Forderungen nicht. Soweit diese realisierbar sind, haben die Gewerkschaften dafür schon bisher mit allen Kräften gewirkt, und soweit sie darüber hinausgehen, handelt es sich eingestandenemmaßen um das Bestreben, die Nichterfüllung der Forderungen zum Anlaß von Beschimpfungen und Verleumdungen der Gewerkschaften im Interesse einer bestimmten politischen Partei zu nehmen.

Die von der Moskauer Internationale geforderte einseitig parteipolitische Tätigkeit ihrer Anhänger in den Gewerkschaften zum Zwecke deren Unterordnung unter die kommunistische Partei muß die Stützkräfte und die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften naturnotwendig lähmen und deren Spaltung herbeiführen. Darum schädigen die Mitglieder, die diese Tätigkeit unterstützen, die Interessen unserer Organisation.

Der Beirat steht nach wie vor auf dem Boden der Antwerpener Gewerkschaftsinternationale, die mit den ihr angeschlossenen Gewerkschaften aller Kulturländer mit mehr als 20 Millionen organisierten Arbeitern einen kräftigen Wall gegen die internationale Kapitalmacht bildet. Er beurteilt das Treiben unverantwortlicher Personen, die, verurteilt von parteipolitischen Nebenabsichten, bemüht sind, unsere Gewerkschaften ihre Selbständigkeit zu berauben und die politische Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder zu unterbinden. Darum ist der Verbandsvorstand verpflichtet, gegen Mitglieder und insbesondere Verbandsfunktionäre, die dieses Bestreben fördern und seinen Anordnungen entgegenhandeln oder ihre gewerkschaftliche Tätigkeit von der Weisung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Organisationen abhängig machen, mit allen ihm durch das Statut und Verbandsratsbeschlüsse gegebenen Mitteln vorzugehen, und so unsere Organisation gegen alle sie schädigenden Angriffe zu schützen.

Schärfster Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung in jeder Form auf dem Boden der Demokratie, unbeteiligt von parteipolitischen Nebenabsichten muß nach wie vor Zweck und Richtschnur unseres gewerkschaftlichen Handelns sein.“

Ein Antrag, den Vorstand zu beauftragen, beim A. D. G. B. für ein Vorgehen im Sinne des bekannten Offenen Briefes zu wirken, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt, nachdem die Gründe für die ablehnende Haltung sowohl des A. D. G. B. als auch der beiden sozialistischen Parteien dargelegt waren.

Es folgte dann noch eine Aussprache über die Förderung des Bauwesens und die Erneuerungsarbeiten in benutzten Häusern. Ueber die Notwendigkeit dieser Tätigkeit gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Allgemein kam zum Ausdruck, überall den Verband sozialer Verbände zu unterstützen. Außer dem, was der Verbandsvorstand geleistet habe, sollten sich auch unsere Mitgl. je nach ihren Verhältnissen beteiligen, nicht nur aus Sympathie für die Sache an sich, sondern auch, um den erwünschten Einfluß und Einfluß zu gewinnen. Allerdings dürfe auch auf diesem Gebiete nicht treibhausartig, sondern unter Beachtung aller in Betracht kommenden Faktoren gearbeitet und von Fall zu Fall geurteilt werden.

Damit waren die Beratungen zum Abschluß gekommen. Nach einem kurzen Hinweis auf die kommende Generalversammlung und ihre Aufgaben versicherte Kollege Streine, daß auch diese Tagung fruchtbar Arbeit zum Wohle unseres Verbandes geleistet hat. Mit Genugtuung stellte er fest, daß der Beirat in den verflorenen 2 Jahren gut gearbeitet habe und bestrebt war, nach jeder Richtung hin die Interessen der Organisation zu fördern.

Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reich in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formalisierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitherigen Verhandlungen, deren Verlauf zu der Hoffnung berechtigten, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Grades der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen zusammengefaßt nochmals unterbreitet hat, datiert vom 26. Februar und hat folgenden Wortlaut: „Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren fortschreitende moralischen und volkswirtschaftlichen Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitherige Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notdürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der

Unterstützungen, die trotzdem in ihrer Gesamtsomme eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Zurückfallen der Arbeitslosen nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Verfall in immer größerem Maße nicht bewahrt.“

Mit Recht verlangen die Erwerbslosen Arbeit an den stehenden Verdienste anstatt der Unterstützung, die auch bei weiterer Erhöhung noch immer ungenügend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Erwerbslosenunterstützung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Maßnahmen der seitherigen Maßnahmen, betreffend die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge, hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeit an den stehenden Verdienste geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen erhebt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende

- Forderungen:**
1. Sofortige Finanzmaßnahmen öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.
 2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies, technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Übertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.
 3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Möglichenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
 4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Staatsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergeprofit auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsfreistellen möglichst zu vermeiden, die Tariffähne sicherzustellen.
 5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Nummer 2 bis 4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.
 6. Wo es auf keinem andern Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der nachvoll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither voll Beschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Nummer 7 folgende Forderung erfüllt wird.
 7. Allen Kurzarbeitern ist bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinblick auf die Ergänzbarkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.
 8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größter Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
 9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Lebensverhältnissen angemessene Erziehung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpeisung für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.
 10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitz Steuern verlangt.

Aus unserm Beruf.

Karlstraße. Seit einiger Zeit wird unsere Klasse von besonderem Unglück verfolgt. Außer den beiden rühmigen Kollegen Behring und Hartmann, die im vorigen Jahre kurz aufeinander gestorben sind, ist am 22. Februar auch unser bewährter sozialistischer Kollege Rehn plötzlich an einem Schlaganfall verstorben. Wir betauern in dem Dahingegangenen einen überzeugungstreuen Verbandskollegen, dem ein dauerndes Andenken die hiesigen Mitglieder bewahren werden.

Chemnitz. Das Jahr 1920 war das 29. Geschäftsjahr der Filiale. Es stand im Zeichen der Tarif- und Lohnbewegungen und war für die Vermaltung außerordentlich heilsreich. Der erneut abgeschlossene und vom 16. Februar an gültige Reichstarif konnte für Chemnitz respektive für Sachsen nicht ein- und durchgeführt werden. Die sächsischen Malermeister sandten wohl zu den Verhandlungen des Reichstarifs Herrn Schürmer, doch erklärte Herr am Schluß, er habe wegen mangelnder Information nicht verhandeln können, er sei überhaupt kein Tarifkontrahent mehr; denn sein Verband gehöre seit dem Januar nicht mehr dem Hauptverbande an. Das Bedenken dieser Herren ging dahin, die in Berlin vereinbarten Lohnzulagen für Sachsen nicht zu zahlen. Erst über Verhandlung am 4. März in Dresden wurde den sächsischen Unternehmervertretern der Standpunkt klar. Sie mußten den Inhalt des Reichstarifs als Bestandteil für Sachsen anerkennen, desgleichen die Zahlung des in Berlin vereinbarten Lohnzuschlages von 1,20 M. pro Stunde vom 16. Februar an. Die örtlichen Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und zogen sich lange aus, ehe es zum Abschluß des Tarifs kam. Mühten sich doch die Unternehmer zu, wir sollten mit ihnen den einhalbstündigen und eine zweistündige Mittagspause vereinbaren. Den freien Sonnabendnachmittag wollten sie Kosten des Achtstundentages zugestehen. Über der Achtstundentag mit der 4 1/2-Stundenwoche wurde vereinbart, gleichen für die Sommermonate die einständige und für Wintermonate die einhalbstündige Mittagspause festlegt. Ueber Lohnerhöhungen wurde genützt insgesamt 5mal verhandelt, und zwar am 4. März, am 4. Mai, am 12. Juni, am 2. Juli, am 9. Oktober und am 18. Dezember. Erreicht wurden vom 16. Februar an 1,25 M., vom 1. Mai an 1 M., vom 1. Juni an 80 S., vom 8. Januar an 60 S.; insgesamt 2,55 M. Am Jahresanfang betrug der Lohn 2,45 M. und vom 8. Januar dieses Jahres an 6 M. pro Stunde gezahlt. Trotzdem dies eine Steigerung von 25 % bedeutet, muß doch festgestellt werden, daß die Vorkriegszeit der Kollegen noch zurückgegangen ist und daß es ihnen nicht gelungen ist, die Löhne auf den Vorkriegsniveau zu bringen. Die Zulagen bei Eintritt derselben durch die Löhnerhöhung überholt. Mit diesen 6 M. Lohn für die Stunde nach dem Reichstarif wieder die Kaufkraft erreicht, wie mit 4 M. die bei Ausbruch des Krieges hier gezahlt wurden. Wenn es nach den Unternehmern gegangen wäre, würde die Kaufkraft noch weiter sinken; denn als im Juni einzelne Artikel Preise etwas nachließen — Artikel, die unsere Kollegen Folge der Höhe des Preises sowieso nicht haben kaufen können —, um kurze Zeit danach wieder um so höher zu steigen, waren die Unternehmer sofort dabei, zu beantragen, die Löhne abzubauen. In der Sitzung des Landesverbandes am 12. Juni verlangten sie, wir sollten ihnen Mittel und Wege suchen, die zu einem Abbau der Löhne führen. Dies wurde von den Beihilfenvertretern abgelehnt. Die Herren gaben sich jedoch nicht zufrieden und stellten in der Sitzung vom 8. Juli den Antrag, die Löhne um 10 bis 15 % herabzusetzen; auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Für den Breitstaat Sachsen wurden in der Sitzung vom 1. Mai für die einzelnen Orte Lohngruppen geschaffen, so daß wir in der Hauptsache nur noch 4 verschiedene Löhne haben; dadurch ist eine gewisse Einheitslichkeit erzielt worden. Die Beihilfen Aua, Limbach, Mittweida, Obernau, Schmargenberg und Waldheim gehören in die Lohngruppe III mit 6,40 M. Lohn; Frankenberg, Gahnichen, Hohenstein, Nützenstein, Oederan, Pössa und Eibenstock gehören der Lohngruppe IV mit 6,10 M. an; Burgstädt mit 5,80 M. und Annaberg mit 5 M. Stundenlohn sind keiner Lohngruppe eingereiht. Die Hilfe des Schlichtungsausschusses nützte wir wiederholt in Anspruch nehmen. Unter anderem wurde entschieden, daß Mittweida in Gruppe III gehört. In Frankenberg wurden die Unternehmer verpflichtet, mit uns den Landestarif abzuschließen, was dann auch geschah. Die Angelegenheit mit dem Chemnitzer Schiedspruch vom 20. September 1919 fand nach fünfmaliger Verhandlung im Landgericht am 23. März 1920 ihre Erledigung, indem die Berufung zurückgewiesen wurde und damit die Unternehmer verurteilt waren, für die Zeit vom 20. September bis 31. Oktober 1919 pro Stunde 80 S. Lohn nachzugeben. Soweit wir feststellen konnten, ist die Nachzahlung überall erfolgt; nur in einzelnen Fällen mußten wir das Gewerbeamt noch in Anspruch nehmen. In den Resturlauben wurden vom 12. bis 17. Januar 8 unserer Kollegen mit Gehaltssperre. Ferner waren wir mit einigen Mitgliedern in dem Streik in der Holz- und Leinwandindustrie, den Bau- und Bergarbeitern beteiligt. Die Radierer bei der Firma Richter, Nachfolger, hatten nach einem zweitägigen Streik einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Bei dem am 1. September 1919 eröffneten paritätischen Arbeitsnachweis wurden im Berichtsjahr 901 offene Stellen gemeldet, davon 15 von auswärts; besetzt wurden 881 Stellen. Von den 20 nicht besetzten Stellen entfallen 18 auf den Monat April und 7 auf den Oktober. Im allgemeinen wird die Tätigkeit unseres Arbeitsvermittlers, Kollegen Engel, von den Unternehmern wie von den Beihilfen als sehr zufriedenstellend anerkannt. Die Arbeitsgelegenheit war in der Zeit vom März bis mit November, mit Ausnahme des Monats August, gegenüber anderen Städten gut. Es würde natürlich sofort ein anderes Bild sich ergeben, wenn die Zahl der im Baubereich Beschäftigten heute noch so groß wäre wie in der Vorkriegszeit, wo rund 800 gegenüber von jetzt nur 400 Beihilfen beschäftigt waren. Die Zahl der Beschäftigten wird voraussichtlich noch mehr zurückgehen, da infolge der ungünstigen Konjunktur im Beruf nur ein Teil der Kollegen im Jahre Arbeit hat, jeder Kollege also danach trachtet, in der Industrie unterzukommen, und dort jede Arbeit annimmt, um nur nicht immer der Gefahr ausgesetzt zu sein, arbeitslos zu werden, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß 90 Uebertritten zu andern Verbänden nur 21 Uebertritte zu unserm Verband gegenüberstehen. Leider sind es meist die besten und tüchtigsten Kollegen im Fach wie in der Organisation, die einerseits infolge des niedrigen Lohnes im Baubereich, andererseits wegen der ständigen Unsicherheit, arbeitslos zu werden, lieber den Handarbeiter machen oder sonst eine Beschäftigung ausüben, als im Beruf zu bleiben. Wenn die Bautätigkeit nur einigermaßen

einsetzt, wird aller Voraussicht nach ein Rangel an Beihilfen eintreten und die Meister werden dieselben infolge ihrer verletzten Lohnpolitik teuer bezahlen müssen. Genau wie im vorigen Jahre versuchten wir auch in diesem Jahre, mit den Unternehmern zu vereinbaren, daß bei Eintritt von Arbeitsmangel keine Entlassungen vorgenommen würden, sondern daß gegenseitiges Ausschicken der Beihilfen stattfindet. Das wir durch Verhandlungen nicht allenthalben erreichten, haben unsere Kollegen in den einzelnen Werkstätten mit Erfolg durchgeführt. Heute ist in den größeren Werkstätten fast allgemein durchgeführt, daß Entlassungen überhaupt nicht mehr vorgenommen werden; umschichtig wird alle 8 oder 14 Tage ausgetauscht. Damit haben wir erreicht, daß nicht einzelne Kollegen wochen- oder monatelang die Opfer der Arbeitslosigkeit sind, sondern vielmehr eine gemeinsame Teilnahme an dieser Last eintritt. Die erstmalig am 28. März stattgefundenen Betriebsratwahlen gingen allgemein glatt vonstatten. Nur werden unsere Kollegen, die Betriebsrat oder -obmann sind oder werden, versuchen müssen, sich noch besser durchzusetzen. Wenn jeder von seinen Aufgaben und von seinen Rechten und Pflichten überzeugt ist und sie genauestens kennt, wird es auch gelingen, mit der Zeit manches Gute — trotz der Unvollkommenheit des Betriebsratgesetzes, — für die Kollegen schaffen zu können. Aber es muß auch gesagt werden, daß die Betriebsräte in ihrer schweren Tätigkeit die Unterstützung der gesamten Kollegenschaft erwarten dürfen. Damit hapert es leider noch sehr oft. Vorstands- und Vertrauensmännerkrisen, Versammlungen usw. haben im Berichtsjahr 71 stattgefunden, außer den sonstigen Versammlungen und Werkstättenversammlungen. In einer großen Anzahl von Fällen mußte mit den Unternehmern verhandelt werden. Die Beihilfen wurden 29 mal beauftragt. Neugegründet wurden im Berichtsjahr die Beihilfen Nützenstein und Burgstädt. — In der Mitgliederversammlung am 25. Februar wurde auf Antrag aus der Mitte der Versammlung einstimmig beschlossen, pro Woche 1,50 M. Beitrag zu erheben, bis die zu erwartende Erhöhung der Verbandsbeiträge allgemein eintritt. Mit Vergütung kann gesagt werden, daß wohl noch niemals die Beiträge so gut eingegangen und freiwillig gezahlt worden sind wie diesmal. Als in den Versammlungen in Chemnitz und in den Beihilfen am 7. April die Erhöhung des Beitrages von 1,25 M. auf 8 beziehungsweise 2,50 M. zur Besprechung stand, wurde im ganzen Filialgebiet gegen nur eine Stimme demgemäß beschlossen. Die Erhöhung wurde ohne jede Schwierigkeit reiflos durchgeführt. Nach 52 Wochenbeiträgen betrug sich ein Bestand von 887 Mitgliedern. Die Gesamteinnahmen betragen 128 655,74 M. Dem steht eine Gesamtausgabe von 91 498,08 M. gegenüber. Das Filialvermögen betrug am 1. Januar 1409,51 M. und am Jahreschluß 84 089,08 M., was eine Steigerung von 32 654,42 M. ausmacht. Bei einem Mitgliederbestand am Jahreschluß von 926 ergibt dies pro Kopf 86,78 M. An Unterstützungen wurden insgesamt 19 912,75 M. verausgabt. Der Hauptkassabestand betrug am Jahreschluß 41 000 M. überwiegen. Der Mitgliederzugang betrug 884, der Abgang 811, mithin eine Zunahme von 73 Mitgliedern. Wenn wir versucht haben, in kurzen Strichen ein Bild von der Entwicklung und Tätigkeit der Filiale zu geben, so wollen wir nicht versäumen, allen denjenigen Kollegen, die sich freiwillig in den Dienst der Organisation gestellt und ihre freie Zeit der Organisation zur Verfügung gehalten haben, dafür Dank und Anerkennung auszusprechen. Notwendig ist aber, daß alle Kollegen jede Veranstaltung der Organisation besuchen, um gemeinsam mit der Verwaltung über das Wohl und Wehe der Organisation zu beraten und zu beschließen, zum Besten der Kollegen. Erkennt jeder, daß es seine Pflicht ist, seine ganze Kraft und sein Können in den Dienst der Organisation zu stellen, dann wird es auch gelingen, die großen Probleme, die die organisierte Arbeiterschaft noch zu lösen hat, einer Entscheidung in unserm Sinne zuzuführen. Es sei nur erinnert an die Frage der Schaffung des Industrieverbandes, des Baugewerksbundes, die ihrer Erledigung entgegengeführt werden muß. Ferner muß die Frage der Ferien zur Entscheidung gebracht werden; unsere Kollegen haben genau wie die Arbeiter anderer Berufe ein Anrecht auf Ferien. Arbeiten wir in den Gewerkschaften unausgesetzt an der wirtschaftlichen Besserstellung unserer Kollegen, dann werden wir auch größere Ziele erreichen können. Vor allem gehört aber dazu Einigkeit und Geschlossenheit; behalten wir die so bei, wie in den vergangenen Jahren wir es in der Filiale Chemnitz gewöhnt waren, dann wird es vorwärtsgehen, trotz alledem.

Stuttgart. (Jahresbericht.) Das verfllossene Berichtsjahr war ein Jahr schwerer wirtschaftlicher und politischer Kämpfe. Die Steigerung der Preise für Lebensmittel aller sonstigen Bedarfsartikel setzte sich auch im Jahre 1920 fort. Drückende Steuern, schlechter Geschäftsgang, gang besonders für die in Baualerbetrieben beschäftigten Kollegen, Kurzarbeit usw. drückten schwer auf die Lebenshaltung unserer Kollegen. Es war daher die Hauptaufgabe unseres Verbandes, diesem Stand in Form von erhöhten Verdiensteinnahmen nach besten Kräften zu steuern. Zu Beginn des Jahres betrug der Stundenlohn für Stuttgart 2,40 M. Nach teilweise central, teilweise im Bezirk geführten Verhandlungen gelang es, den Stundenlohn vom 9. August 1920 an auf 3,20 M. zu steigern. Ebenso wurde die Ueberlandzulage für das Tarifgebiet Stuttgart einer Neuregelung unterzogen. Folgende Sätze, gültig vom 15. Oktober an, wurden festgelegt: Die Entschädigungen betragen pro Tag mit Uebernachten für Verheiratete den dreifachen Stundenlohn, für Ledige den zweifachen Stundenlohn. Ohne Uebernachten für Ledige einen einfachen. Auf Grund der reichsstariflichen Vereinbarungen war es möglich, auch für die der Filiale Stuttgart angeschlossenen Beihilfen eine wesentliche Steigerung der Löhne durchzuführen. Wir verkennen keineswegs, daß die nun bestehenden Löhne bei weitem nicht ausreichen, um die gewaltige Steigerung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikelpreise weit zu machen, aber doch muß in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse anerkannt werden, daß die Organisation sich ehrlich bemüht, ihre Mitglieder vor der völligen Verelendung zu schützen. Die in den Industriebetrieben beschäftigten Radierer und Maler sind dem Kollektiv-

abkommen für die Metallindustrie Württembergs unterstellt. In diesen Betrieben wird in der Hauptsache im Accord gearbeitet. Die Einteilung der Löhne ist gestaffelt nach Alter und Altersklassen. Für Stuttgart betrug der Durchschnittslohn bei Beginn des Jahres 1920 4 M., am Jahresende 6 M. einschließlich der Teuerungszulagen. Die Arbeitsgelegenheit, gang besonders in den Karosseriebetrieben, war eine verhältnismäßig gute. Für die bei der Straßenbahn beschäftigten Kollegen wurde im Berichtsjahr der Neuausschluß eines Tarifvertrages vollzogen, der eine Steigerung des Lohnes von 25 % pro Stunde vorsteht. Welche enge Koalition zwischen Regierung und Kapital besteht, hatten wir auch in Württemberg Gelegenheit zu erfahren. Als am 26. August früh die Arbeiterchaft der Großbetriebe Daimler-Untertürkheim, Maschinenfabrik Sölingen-Wettlingen und Bosch-Stuttgart an ihre Arbeitsstellen kamen, fanden sie die Betriebe geschlossen und von der sächsisch grünen Soldateska besetzt. Den Grund zu diesem Vorgehen bildete die angebliche Steuerverweigerung der Belegschaften. Von dieser Maßnahme wurden auch 180 Kollegen unserer Organisation betroffen. Wir sollten aus diesem Vorgehen der Regierung schließen, daß sie sich mit derselben Energie bei der Vertreibung der Beihilfen betätigt, daß dem leider nicht so ist, brauchen wir wohl nicht zu erörtern. Selbst ein spontan einsetzender Generalstreik über ganz Württemberg konnte die wahre Absicht der Unternehmer, ihre Betriebe zu sanieren, das heißt, die ihnen unliebsamen Elemente aus dem Betrieb zu werfen, nicht verhindern. Anlässlich dieses Kampfes blieben rund 5000 Arbeiter auf der Straße, darunter auch 81 Kollegen unseres Verbandes. Das Verarmungsleben gestaltete sich, insbesondere in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, sehr unangenehm. Der Besuch muß im allgemeinen als mäßig bezeichnet werden. Es würde zu weit führen, alle Veranstaltungen, Sitzungen usw., die im Interesse der Gesamtarbeiterchaft sowohl als im speziellen Interesse unserer Mitglieder sich nötig machten, wir aber doch kurz hinweisen. Ausgehend von dem Grundsatz, daß die beste Arbeitslosenfürsorge die ist, den Kollegen Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, wandten wir uns mit entsprechenden Eingaben an die verschiedenen Stadt- und Gemeindeverwaltungen. Das Resultat war leider wenig zufriedenstellend. Die Antworten gingen fast durchweg dahin, daß die Stadt oder die Gemeinde aus Mangel an Mitteln nicht in der Lage sei, Malerarbeiten größerer Umfangs in Angriff zu nehmen. Die immer stärker in Erscheinung tretenden Berufsfrankheiten bei unseren Kollegen gaben Veranlassung, in verschiedenen Eingaben an die Gewerbeinspektion heranzutreten, um für eine reifliche Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung Sorge zu tragen. Es kann konstatiert werden, daß durch dieses Vorgehen in verschiedenen Betrieben den gesetzlichen Vorschriften wieder Geltung verschafft wurde. Auf allen Gebieten haben die Filialverwaltung sowie auch die übrigen Gewerkschaften der Organisation, in dem ehrlichen Bestreben, zum Wohle der gesamten Kollegenschaft zu wirken, sich betätigt. Wenn in dieser oder jener Hinsicht nicht alles erreicht wurde, was wir anstreben, so lag das mit in den Verhältnissen begründet. Andererseits muß aber auch unsern Kollegen gesagt werden, daß jeder einzelne verpflichtet ist, sich voll und gang in den Dienst der Organisation zu stellen. Die Zukunft erfordert unbedingt eine aktivere Teilnahme an Organisationsleben, wenn wir den täglich neu an uns heranretenden Aufgaben gerecht werden wollen. Täuschen wir uns nicht darüber, daß die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sich immer mehr zuspitzen, und daß wir alles daransetzen müssen, um aus diesem Dingen siegreich hervorzugehen. Die Klassenverhältnisse haben sich im Berichtsjahr nicht so entwickelt, wie es im Interesse der Filiale wünschenswert gewesen wäre. Einer Gesamteinnahme von 124 448,75 M. steht eine Ausgabe von 151 654,42 M. gegenüber. An Unterstützungen wurden ausgegahlt: für Streik 4988 M., für Arbeitslosenunterstützung 14 020,50 M., für Krankengeld 8401,40 M., für Sterbeunterstützung 505 M., insgesamt 28 015,40 M. Durch freiwillige Sammlung der in Arbeit stehenden Kollegen sowie der vom Kartell überwiesenen Gelder konnten an 141 arbeitslose und trank Kollegen im Monat Dezember 2864 M. ausgegahlt werden, sowie an 118 Kinder der Arbeitslosen 1725 M. Am Schluß des Jahres waren 1486 Kollegen organisiert und der Filiale Stuttgart angeschlossenen. Die nun erneut einsetzende Agitation in diesem Frühjahr muß den letzten im Beruf tätigen Kollegen der Organisation zuführen. An dieser Aufgabe mitzuarbeiten ist Pflicht jedes einzelnen.

Sozialpolitisches.

Der Abstimmung in Oberschlesien. Die Abstimmung findet am Sonntag, 20. März, für das gesamte ober-schlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passierschein gilt als Paß und muß vom paritätischen Ausschuss des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Für die Passierscheine ist kein Visum eines französischen Konsulates erforderlich. Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weisem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk: „Polska Polen“, die zweite Kategorie den Vermerk: „Deutschland-Mensch“. Beitel, Umschläge und Urne werden von der Regierungskommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh 8 bis 8 Uhr abends. Ungültig sind 1. Stimmzettel, die nicht das vorgeschriebene Muster haben; 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsheimnisses bezwecken; 3. Stimmzettel mit Zufügen oder Streichungen; 4. Stimmzettel ohne Aufdruck; 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag gefunden wurden; 6. Stimmzettel in unvorschriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Im Falle, daß über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbureau erzielt werden kann, gelten sämtliche Beitel als angefochten, wodurch ihre Berechnung ausgeschlossen ist; die Entscheidung liegt bei dem Internationalen Bureau. Dieses prüft die Abstimmungshandlung, entscheidet über die freitigen Fälle und die angefochtenen

Stimmzettel und stellt die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung fest. Der Gesamtbericht des Interalliierten-Bureaus mit den Vorschlägen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungshandlung geht an die Regierungskommission, die in letzter Instanz über die Gültigkeit entscheidet und das Ergebnis bestätigt. Wo es angefochten wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

Wir erwarten von unsern abstimmberechtigten Kollegen, daß sie am 20. März in der Ueberzeugung zur Urne gehen: **Oberschlesten muß deutsch bleiben!**

Reform der Einkommensteuer. Das Reichsfinanzministerium hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die einen Vorschlag der Umwandlung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn in eine Lohnsteuer enthält, durch die die Einkommensteuer für Lohnempfänger bis zu einem gewissen Einkommen endgültig abgegolten wird.

Nach diesem Vorschlag ist vorgesehen, einen einheitlichen Steuerabzug von 10% für alle Arbeitseinkommen bis zu 20 000 M. vorzunehmen. Der Familienstand wird durch Abzug eines festen Betrages (jährlich 120 M. entsprechend an den steuerfrei bleibenden Lohnbetrag von 1900 M.) für jede der auf den Arbeitslohn angewiesenen Personen berücksichtigt. Werbungskosten werden ebenfalls durch Abzug eines festen Betrages (jährlich 60 M. entsprechend einem Jahresbetrag von 600 M.) abgegolten. Bezieht der Steuerpflichtige neben Arbeitslohn weiteres Einkommen und beträgt das Gesamteinkommen nicht mehr als 20 000 M., so wird das weitere Einkommen selbständig der Einkommensteuer unterworfen. Beträgt das Gesamteinkommen, sei es, daß es nur aus Arbeitslohn oder aus Arbeitslohn und weiterem Einkommen herrührt, mehr als 20 000 M., so tritt eine Veranlagung des gesamten Einkommens unter Anrechnung der Lohnsteuer ein; der über 20 000 M. betragende Einkommensteil wird mit einem scharfsteigenden Steuersatz belegt. Eine Veranlagung würde sich somit für die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, da sie bei den heutigen Geldverhältnissen mit ihren Lohn- und Gehaltsbezügen immerhin unter der Grenze von 20 000 M. bleiben, erheben.

Die Festsetzung eines einheitlichen, nicht progressiven Steuersatzes von 10% für alle Einkommen, soweit sie 20 000 M. nicht übersteigen, würde eine Ermäßigung der jetzigen Einkommensteuer bedeuten. Der neue Tarif würde so zu stellen sein, daß der Steuerabzug für die Einkommen bis zu 20 000 M. auf 10% bemessen wird, und daß bei höheren Einkommen bis zu rund 100 000 M. eine prozentual allmählich sinkende Ermäßigung der Einkommensteuer gegenüber dem derzeitigen Tarif herbeigeführt wird. Bei etwa 100 000 M. würden ungefähr die alten Sätze erreicht werden.

Die Ausführung dieses Vorschlages würde eine Verbesserung der Einkommensteuer bedeuten. Er würde eine große Zahl von Steuererschüchungen und Veranlagungen ersparen und die gerade bei kleinen Lohnneinkommen oft überaus drückenden und schwer einzutreibenden Steuernachzahlungen beseitigen. Man wird bei der Durchberatung des Vorschlages die Frage zu prüfen haben, ob die Grenze, bis zu der die Lohnsteuer als endgültige Einkommensteuer zu betrachten ist, nicht angehoben werden sollte, noch höher als bis zu 20 000 M., etwa bis zu 30 000 M., herausgehoben werden könnte. Ein Ausfall an Steuereinnahmen würde bis zu einem gewissen Grade dabei durch Ersparnisse an Erhebungskosten ausgeglichen werden. Für die Steuererhebung für 1920 hat der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats den Antrag gestellt, für alle Einkommen bis zu 24 000 M. die Steuern mit dem bisher erfolgten Lohnabzug als beglichen zu betrachten. Wenn durch dieses Entgegenkommen an die kleinen Steuerzahler die Einziehung der Vermögens- und Einkommensteuern von den großen Steuerzahlern beschleunigt wird, so wird das Reich dabei finanziell nicht schlecht abfinden.

Gewerkschaftliches.

Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften. Obwohl ein Kistenbedarf an Kleidungs- und Wäscheartikeln aller Art vorhanden ist, sind viele Arbeiter dieser Branchen arbeitslos, die Fabriken stehen still. Der Absatz der Waren droht, weil die Warenpreise für die große Volksmasse unerschwinglich sind. Hier einen Ausgleich zu schaffen, ist der Zweck der Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften. Sie hat die Aufgabe, die Arbeiter mit verbilligter Ober- und Unterbekleidung zu versorgen, dadurch die Absatzmöglichkeiten zu erhöhen und so von neuem Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter der Bekleidungsindustrie zu schaffen. Das Unternehmen wird vom Reichsarbeitsministerium aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützt.

Ihren Sitz hat die Warenversorgungsstelle in Berlin. Von hier aus werden die einzelnen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Waren versorgt. In größeren Orten werden eigene Verkaufsstellen eingerichtet oder die Konsumvereine mit dem Verkauf betraut, in kleineren Orten, wo die Warenverteilung nicht in dieser Weise erfolgen kann, werden die Bestellungen direkt beim Ortsausschuß aufgegeben. An allen Stellen liegt Musterware unter Angabe des Preises aus. Es ist zu hoffen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen allerorts regen Gebrauch von dieser neuen Notstandsrichtung machen.

Gewerbe und soziale Hygiene.

Die Meldepflicht der Berufskrankheiten wird schon seit Jahren von den Gewerkschaften erstrbt, um auf dieser Grundlage die Ausdehnung und die Art der Berufskrankheiten zu erfahren und Wege zur Bekämpfung und Verhütung zu finden. Das Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. hat im vorigen Jahre einen Fragebogen einer Anzahl von sachverständigen Persönlichkeiten vorgelegt. Ärzte, Techniker, Verwaltungsbeamte, Industrielle und Arbeitnehmer haben diesen Fragebogen beantwortet. Dr. Erich Franke und Sanitätsrat Dr. Backfeld haben das Material verarbeitet zu einer Schrift „Die Meldepflicht der Berufskrankheiten“ (Berlin 1921).

Der von Franke behandelte Teil bespricht die gesetzlichen Vorschriften, die bisher in Deutschland und einer Reihe von Kulturländern über die Berufskrankheiten gegeben wurden. Der von Backfeld behandelte Teil bespricht die Fragen über den Vorgang der Meldung. Eine Verpflichtung zur Meldung soll nur für den behandelnden Arzt und den Arbeitgeber bestehen. Gemeldet soll innerhalb 24 Stunden werden, und zwar außer den gewerblichen Vergiftungen eine Reihe von Infektionskrankheiten und eine Anzahl von langsam entstehenden Folgen der gewerblichen Arbeit. Trotz all der ohne Zweifel wertvollen Erkenntnisse wird die Praxis aber nur dann in vollem Maße den Erkenntnissen entsprechen, wenn das Proletariat aus eigener Kraft sich den gewerblichen Arbeiterschutz erzwingt. Das hat die Erfahrung gelehrt.

Vom Ausland.

Der Malerverband Finnlands in den Jahren 1917 bis 1920. Trotz aller Bemühungen unseres Internationalen Sekretariats durch Kollegen Straine war es nicht möglich, während des Krieges (seit 1916) die Beziehungen mit unsern finnländischen Kollegen aufrechtzuerhalten. In den Anfangsjahren des Krieges trafen über Dänemark noch verschiedene Nachrichten ein; seit Ausbruch der russischen Revolution versiegte aber auch diese Quelle gänzlich. Deshalb waren wir besonders angenehm überrascht, als vor kurzem ein recht interessanter Bericht über die Tätigkeit des finnländischen Malerverbandes von dessen Vorstand einging. Dieser lautet wie folgt:

Die Anzahl der Mitglieder unseres Verbandes, die im Anfang des Jahres 1917 nur 588 betrug, wuchs schnell durch den Einfluß der russischen Revolution, so daß wir am Jahreschlusse 1740 Mitglieder zählten. Von den Vorteilen dieses Jahres ist besonders zu nennen der achtstündige Arbeitstag, der durch Festsetzung innerhalb des ganzen Wirkungskreises unseres Verbandes durchgeführt wurde. Die Löhne stiegen auch überall, was aber auch notwendig geworden war; denn die Lebenskosten waren wegen der abnormen Verhältnisse gestiegen, und wegen der administrativen Bestimmungen gab es wenig Beschäftigung, um in demselben Maße höhere Löhne zu erhalten. Beim Jahreschlusse kamen die Vertreter des Bundes zusammen und machten Pläne für die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das Jahr 1918 begann mit guten Vorzeichen; aber der am Ende des Jahres ausgebrochene Klassenkrieg und dann der weiße Terror hinderten ganz und gar die Tätigkeit unseres Verbandes. Unser Bureau und dessen Einrichtung wurden von den Siegern teils geraubt, teils weggeführt und teils unvertwendbar gemacht. Als man endlich an den letzten Tagen des Jahres die Erlaubnis erhielt, mit der Arbeit für die Organisation wieder anzufangen, traf der Bundesvorstand Maßregeln, um die zerstörte Organisation wieder aufzurichten und zu vergrößern. Nach einer später aufgenommenen Statistik betrug der Bund unter dem Klassenkrieg 28 und später noch 71 Mitglieder, die entweder erschossen wurden oder in den Gefängnislagern starben.

Die eigentliche Wirkung begann am Anfang des Jahres 1919. Unerwartet rasch begannen unsere örtlichen Abteilungen auf Anraten des Verbandsvorstandes zu fungieren. Am Ende des Jahres waren 19 Abteilungen und 828 Mitglieder bei uns organisiert. — Durch unser Wirken stiegen auch die Löhne merkbar, obgleich nicht in demselben Maße wie die Lebenskosten.

Im Jahre 1920 sind alle örtlichen Abteilungen des Verbandes in voller Tätigkeit gewesen, um das Lebensniveau der Mitglieder zu heben. Im Verlauf des Jahres konnten 6 Streiks vorteilhaft beendet werden mit Ausnahme eines Streiks, der noch anhält.

Durchschnittlich sind die Löhne im Vergleich mit dem vorigen Jahre um 90 bis 100% gestiegen. Die Stundenlöhne sind jetzt 6 bis 9 Finnmark, und das Steigen der Löhne entspricht jetzt ungefähr dem Steigen der Lebenskosten.

Am Ende des Jahres gehörten zum Verbands 24 Abteilungen und 1024 Mitglieder; er hatte ein Einkommen von 35 559 Finnmark und Kosten von 24 212 Finnmark. Nun fang aber die kosmopolitische Krise an, auch in unserm Lande Einbruch zu machen, veranlassen Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Bundes. Wenn die Arbeitslosigkeit sich noch erweitert — und es sieht ganz danach aus —, so kann dies in der Zukunft einen sehr lähmenden Druck auf die Tätigkeit unseres Verbandes ausüben.

Verschiedenes.

Die Erhöhung der Personentaxe. Die Erhöhung der Personentaxe, der der Sachverständigenrat der Reichsverkehrsverwaltung seine Zustimmung erteilt hat, wird vom 1. Juni 1921 an in Kraft treten. Der kilometrische Einheitsfuß für die 1. Klasse soll danach auf 18, für die 2. Klasse auf 19,5, für die 3. Klasse auf 22,5 und für die 1. Klasse auf 68,5 erhöht werden. Gegenüber den Friedenszeiten tritt damit eine Preissteigerung von 550 bis 785% ein, gegenüber dem jetzt geltenden Fahrpreisen eine Steigerung bis zu 38%. Abweichend von dem bei allen bisherigen Erhöhungen eingeschlagenen Verfahren, die Fahrpreise durch prozentuale Zuschläge zu erhöhen, ist die Eisenbahnverwaltung diesmal dazu übergegangen, eine organische Neuordnung des Tariffsystems vorzunehmen. Zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Klassen wird jetzt wieder ein Spannungsverhältnis hergestellt, nur unter härterer Belastung der beiden oberen Wagenklassen. Die Fahrpreise sind auf dem Tarif der 4. Klasse in der Weise aufgebaut, daß die 2. Klasse das Eineinhalbfache, die 3. das Zweieinhalbfache und die 1. das Viereinhalbfache der 4. Klasse kosten. Dadurch wird zugleich der Übergang von einer Klasse zur andern ermöglicht, ohne daß umständliche Berechnungen vom Zugpersonal vorgenommen zu werden brauchen. Zur Vereinfachung der Abfertigung werden Fahrpreisbeträge bis zu 5 M. auf volle 10 M., bis zu 10 M. auf volle 50 M. und über 10 M. auf volle Markbeträge aufgerundet.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengeheftet vom Patentbureau, Dresden.
Angemeldete Patente: Nr. 75a. 6. W. 5497
Egon Welsch, Berlin-Schöneberg, Offenbacherstr. 64. Kupferstichvorrichtung. 1. März 1920.
Gebrauchsmuster: Nr. 75b. 785677. Fern. Laune
Bern. Vorrichtung zur raschen mechanischen Ermittlung harmonisch wirkender Farbzusammensetzungen. 31. Januar 1920. — Nr. 75c. 785858. Dr. Woldemar Fehrmann, Dresden. Strehlen, Lockwitzerstr. 18. Farbenschaupararat. 6. Dezember 1920. — Nr. 75c. 785901. Joan Inge, Druffilla, Estensjö, The Castle, Winchester, Hampshire, England. Vorrichtung zur Uebertragung von Mustern und dergleichen aus Papier, Glas usw. 10. Januar 1921. — Nr. 75c. 786886. Adolf Welsch, Charlottenburg, Seydelstr. 28. Malmappe. 17. Dezember 1920. — Nr. 75c. 786434. Robert Dalhoff, Neuenrade i. Westfalen. Durchstichlineal. 17. Januar 1921.

Literarisches.

„Die Glocke.“ Herausgegeben von Parvus. Berlin für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. Preis der Einzelnummer 1,50 M. „Die Glocke“ erscheint wöchentlich. Das vorliegende Heft 47 enthält reichhaltiges Material zur Preußenwahl und unter anderem auch einen wertvollen Beitrag über Spinoza Staatsauffassung.

Vereinstell.

Bericht der Hauptkasse für den Monat Februar.
Eingelandt haben: Utenburg 1000 M., Berlin 5000, Bremerhaven 6000, Celle 1000, Coblentz 1600, Ebn 5000, Cottbus 520, Grefeld 2500, Cuxhaven 800, Darmstadt 3000, Datteln 500, Dessau 400, Duisburg 2500, Eisenach 500, Emden 1026,28, Essen 15000, Frankfurt a. M. 3000, Grlaberg 1100, Halle 5000, Somborn 1000, Heilberg 1000, Herford 1000, Kaiserlautern 1500, Rattowitz 1000, Kiel 1000, Konstantz 500, Leipzig 3000, Lintfort 250, Lüneburg 500, Mannheim 3000, Meerane 300, Naumburg 600, Neuenkirchen 300, Neustadt a. d. S. 500, Neßky 1000, Rathenow 500, Regensburg 500, Rostock 340, Solingen 600, Spremberg 300, Stuttgart 6000, Ulm 950, Waldenburg 500, Werbau 2000, Wilhelmshaven 2500.
J. Feitich, Kassierer.

Sterbetafel.

Essen. Am 24. Februar starb unser Kollege Josef Schmitt im Alter von 88 Jahren.
Königsbrunn. Am 19. Februar ist unser 25 Jahre alter Kollege Nikolaus Schulz in seiner Heimat Garbultowitz, Kreis Lublin, von den Polen aus dem Hinterhalt erschossen worden, weil er deutsch geklingelt war.
Watzung-Wingen. Am 28. Februar starb nach langem Leiden unser Kollege Anton Dipp 2, Lüncher, zu Wingen, im Alter von 61 Jahren.
Weimar. Am 14. Dezember 1920 starb unser Kollege Max Dippold.
Wilhelmshaven. Am 20. Febr. starb an den Folgen des Krieges unser treuer Kollege Otto Grube im Alter von 39 Jahren. Am 27. Februar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege Dietrich Bitter im Alter von 60 Jahren. **Ehre ihrem Andenken!**

Die Woche vom 18. bis 19. März 1921 ist die 11. Beitragswoche.

Anzeigen.

Emallelack f. Innen u. außen 25 M. p. kg

Firniseratz extrahell, teortrot 10 „ „ „
Probekannen von 2½ und 5 kg Inhalt gegen Nachnahme.
Chemische Fabrik Rud. Oehlke, Berlin 50 101,
Telephon: Moritzplatz 1799. Lubliner Strasse 1.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich für meine Buchabenturen zur Anfertigung von Brillant-Glasplatten materialien sowie auch zur Herstellung von Plakatalumaterialien, die sich in jeder Hinsicht als ganz neue Aluminium-Glasplattenmaterialien, die etwas ganz Neues und wirklich Neues sind. Ganze Serie Buchabenturen, bestehend aus 10 Doppelabenturen (jedes Abenture 20 große und 20 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1½ bis 5 cm) sowie Rahmen, Rahmen und Gestaltungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Brillantplatten im Werte von allein 5,50 M., einem Dogen Goldstücken und einem Dogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme. **Albin Hu'macher, Maler, Bilden im Rheinland.**

Kernleder-Doppelsohlen

aus prima einsehlaggegerbten Schlederhäuten gefertigt. Gebe ab bis auf weiteres zu den folgenden billigen Preisen pro Paar: 1. Qualität: Herren 18,50, Damen 14, Kinder 10 M. 11. Qualität: Herren 14,50, Damen 12, Kind. 8,50 M. Abfälle für: Herren 3, Damen 2, Kinder 1 M. Versand per Nachnahme. Porto und Verpackung wird berechnet. Mittagsabend nehme jederzeit retour. Die Herren Kollegen und Vertreter, die Sammelbestellungen bewerkstelligen, erhalten Procente. **Lor. Port, Schlederhanwerk, Greifzug 5, München**

Jeder Kollege

besitzt sofort einen Probekaus „Der Dekorationsmaler“ 3 frühere Hefte mit 12 farbigen Farbentafeln. Preis 6 M. bei Vereinstellung des Betrages. **Carlens-Verlag, München 39.**

Wilhelm Walter

Dele, Lacke, Seime
Billigste Waagenwerke für Maler und Anstreicher.
S a m s u r g, Bartelstraße 78.
Geschäftzeit von 8½ bis 7 Uhr.
Nr. 3 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.